

Bündnis für Fairness, Respekt und Toleranz im Kommunalwahlkampf

Der Runde Tisch gegen Radikalismus und Gewalt Hamm hat bei seiner Sitzung am 09.06.2020 einen Aufruf zur Selbstverpflichtung auf Fairness, Respekt und Toleranz im Kommunalwahlkampf beschlossen.

Politischer Streit ist grundlegender Bestandteil von demokratischen Prozessen. Vor dem Hintergrund sozialer und globaler Herausforderungen ist es wichtiger denn je, politische Entscheidungen kontrovers zu diskutieren, um zu tragfähigen Lösungen zu kommen. Wo die Auseinandersetzung sich jedoch nicht an Sachfragen orientiert, wo Prinzipien des respektvollen Umgangs gezielt missachtet werden und eine menschenverachtende Sprache benutzt wird, hat der politische Streit seine konstruktive Kraft verloren. Die Folgen sind eine weitere Polarisierung der Gesellschaft und die Verrohung der Beziehungen zwischen den Menschen. Diesen besorgniserregenden Entwicklungen gilt es sich zu widersetzen.

Der Runde Tisch gegen Radikalismus und Gewalt der Stadt Hamm ruft aus diesem Grund alle Parteien, Wählerlisten und Einzelkandidat*innen der Kommunalwahl in Hamm auf, die folgende freiwillige Selbstverpflichtung zu unterzeichnen.

Weitere Infos zum Runden Tisch und zum „Bündnis für Fairness, Respekt und Toleranz im Kommunalwahlkampf“ im Internet unter www.hammer-appell.de.

Bündnis für Fairness, Respekt und Toleranz im Kommunalwahlkampf

Selbstverpflichtungserklärung

Wir, die Unterzeichnenden, verpflichten uns für den Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen 2020:

- zu einer demokratischen Streitkultur, im Rahmen derer wir den Wähler*innen klar erkennbare politische Positionen bzw. Alternativen bieten. Unter demokratischer Streitkultur verstehen wir das Ringen um politische Inhalte, indem wir eigene Standpunkte möglichst präzise formulieren und begründen, unserem Gegenüber zuhören, Argumente abwägen und bei Entgegnungen stets auf der Sachebene bleiben.
- den politischen Streit stets nach den Regeln der Höflichkeit, in freundlichem und fairem Umgang mit den Kontrahent*innen zu führen. Unabdingbar ist der vollständige Verzicht auf persönliche Herabsetzungen, insbesondere im Hinblick auf Geschlecht, Religion, Herkunft und sexuelle Orientierung. Wir unterlassen effekthascherische Provokationen, Spott auf Kosten Schwächerer und ausnahmslos alle Formen von Drohungen.
- zu einer verantwortungsbewussten Auswahl der Wahlkampfthemen und der mit ihnen transportierten politischen Botschaften. Dabei verzichten wir auf einseitige oder verfälschende Darstellungen gesellschaftlicher Herausforderungen sowie auf pauschale Schuldzuweisungen oder Diffamierungen von Personengruppen. Polarisierungen führen nicht zur Lösung von Problemen, sondern zu einer weiteren Spaltung unserer Gesellschaft. Rassismus und jegliche Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind zudem ebenso wenig durch die Meinungsfreiheit gedeckt wie individuelle Verunglimpfungen.
- zu einer verantwortungsvollen Sprache ohne Ausgrenzung und Herabwürdigung.
- diese Regeln bzw. Grundlagen des demokratischen Diskurses bei allen politischen Auseinandersetzungen, insbesondere im Internet und in den sozialen Medien, entschieden zu verteidigen.
- auch jenseits öffentlicher politischer Debatten aktiv gegen jede Form von Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus sowie für den Schutz der davon betroffenen Menschen einzutreten.

Name des/der Kandidat*in und/oder der Partei/Wählergruppe

Datum

Unterschrift